

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wiederjählicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abgeholt vom Postamt 0,65 RM;
bei direkter Bestellung durch den Verleger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Verbände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Stich-Zentrale).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 15 Pfg., Familienanz. 15 Pfg.,
Verbandsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 26.

Berlin, Mittwoch, 8. Mai 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Waffe des Streiks. — Die Arbeitsstatistik des
Verbandes der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr
1906. — Im Gefes von Königshagen I. Nr. — Die wirtsch.
verlaufenden Anfälle in der britischen Industrie — Allgemeine
Rundschau — Gewerkevereine-Zell. — Verbands-Zell. —
Anzeigen-Zell.

Die Waffe des Streiks.

Die von dem verstorbenen demokratischen Ab-
geordneten Karl Ganger begründete Frankfurter
Halbmonatsschrift „Das freie Wort“ bringt in
ihrem Heft Nr. 3 einen beachtenswerten Auf-
satz über Streiks und Aussperrungen. Die Arbeiter-
organisations aller Richtungen finden in diesem
Aufsatz Anregungen und Ermahnungen, die erster
Würdigung wert sind. Der Verfasser geht davon
aus, daß jeder Volksgenosse gewiß auf dem Stand-
punkte stehen werde, daß es eine Kulturangelegen-
heit ersten Ranges sei, der Arbeiterschaft zu möglichst
hohen Löhnen bei möglichst beschränkter Arbeitszeit
zu verhelfen. Nur der Arbeiter, welcher sein sorgen-
freies Auskommen habe, sei in der Lage, seiner
Familie eine menschenwürdige Existenz zu ver-
schaffen und seine Kinder zu nützlichen Gliedern
der Gesellschaft heranzuziehen. Nur der Arbeiter,
der nicht durch überlange Arbeitszeit erdrückt werde,
konne Anteil nehmen an den höchsten Kulturgütern.
Darum sei es ganz natürlich, daß die Arbeiterschaft
überall das Bestreben habe, zu höheren
Löhnen und kürzerer Arbeitszeit zu gelangen.

Der Arbeitgeber setze diesem Bestreben starken
Widerstand entgegen, der häufig unberechtigt,
häufig aber auch durchaus berechtigt sei. Prä-
tische Erfahrung hätte nicht selten bewiesen, daß
ein Industrieroller wohl in der Lage war, Forde-
rungen der Arbeiter zu erfüllen, gegen die er sich
anfangs gesträubt hätte; aber es dürfte auch nicht
verkannt werden, daß die Arbeiterschaft auch An-
sprüche erhebe, die eine Industrie ruinieren
würden, wenn sie sie durchsetzen könnten. Es
liege jeder Fall anders und so sei es oft außer-
ordentlich schwer zu entscheiden, auf welcher Seite
das Recht liege.

Diese Anschauungen kann man ohne weiteres
als zutreffend bezeichnen. Jedemfalls zeigen sie,
daß der Verfasser es gut mit der Arbeiterschaft
meint. Darum verdienen seine ersten Er-
mahnungen, die wir nun folgen lassen, auch ernste
Beachtung.

Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß die schwierigsten
Probleme mit Vorliebe von den unfähigsten Menschen
in die Hand genommen werden, welche die eigentlichen
Schwierigkeiten überhaupt nicht sehen. Die „hohe Politik“
hat sich an jedem Stammtisch ihre „Kammer“; über die
Wohlfahrtsfragen, über Jölle, Distriktpolitik und ähn-
liches kann man selbst im deutschen Reichstage Anstalten
hören, „um auf die Wägen zu klammern“ — da ist es denn
durchaus nicht wunderbar, daß Arbeiterfragen oft
so häßlich behandelt werden, daß beide
Parteien mit unheilbaren Wunden aus der Schlacht heim-
gehen. Es ist in solchen Fällen traurig zu sehen, wie
Arbeitergruppen von Gewerkschaftssekretären,
denen oft der weite Blick durchaus fehlt,
in Streiks gehen werden, die von vorn-
herein aussichtslos sind. Wie der Krieg die
ultima ratio der Könige genannt werden — so kann
man den Streik als das letzte Mittel einer
Arbeiterschaft bezeichnen, die keine Mög-
lichkeit mehr sieht, auf friedlichem Wege
gerechte Forderungen durchzusetzen. Solch ein
letztes Auswärtsmittel müßte etwas ganz Seltenes

sein, etwas, was durch seine Ungewöhnlichkeit schon die
Gewitter packte und mit ehrsüchtigen Schauer erfüllte,
wie der Klang der Plebejer auf den heiligen Berg in
allen Rom, der solchen Eindruck macht, daß wir heute
nach fast zweieinhalb Jahrhunderten noch davon reden.
Heute ziehen die „Plebejer“ aus, wenn ihnen eine
Zulage von einem Pfennig die Stunde ver-
weigert wird, wenn ein mißliebiger Vor-
arbeiter nicht entlassen, wenn die Kaiserin nicht
bewilligt werden soll. Kurz, der Streik ist zu einer
so allgemeinen Sache geworden, daß im
allgemeinen kein Mann mehr danach trachtet,
wenn es sich nicht um ganz abnorme Verhältnisse, wie
einen allgemeinen Bergarbeiter-Ausstand und dergleichen
handelt. Diese Waffe ist aber Kumpf ge-
worden, indem alle Arbeitgeber mit dem
Streik rechnen, wie mit anderen Faktoren
des Wirtschaftsliebes, wie Steuern der Rohstoffe,
Wachsen des Distrikts-Capex usw. Das alte Wort, daß
Bajonette zu viel sein können, daß man sich aber nicht
daran setzen könne, trifft auch auf die Streiks zu.
Offenbar kommt jetzt eine Epoche, in
welcher dem Unternehmertum der Streik
ganz gleichgültig werden wird. Damit hat
die Arbeiterschaft durch unvernünftige Hand-
habung ihre schärfste Waffe selbst kumpf gemacht.
Man hat schon eine Reihe von Anhaltspunkten für diese
Entwicklung. Einerseits haben sich die Arbeitgeber in so
große Kartells-Verbindungen zusammengeschlossen, daß in vielen
Industrien, beispielsweise in der Metall-Industrie, ein
Streik praktisch unmöglich geworden ist. Früher konnten
die Gewerkschaften bei partiellen Ausständen die
streikenden Arbeiter so lange über Wasser halten, bis der
Unternehmer nachgegeben hatte. Jetzt antwortet die
Arbeitgeber-Koalition auf jeden Streik mit Massen-
Aussperrungen, und es ist leicht einzusehen, daß
keine Streik-Rasse reich genug betriert sein kann, um
hunderttausende von Arbeiterfamilien wochen- oder gar
monatelang über Wasser zu halten. Erst kürzlich mußten die
Metallarbeiter bei der Schiffswerft „Meier“ in Bremen
rasch nachgeben, weil sämtliche Werkstätten des Bezirkes
kontrastrahllich verpfändet waren, ihre Arbeiter ebenfalls aus-
zusperren. Die Restlosigkeit, mit der die Ausstände ge-
handelt wurden, hat den Bund der Industriellen zu-
sammengeschweißt, welcher im allgemeinen in der Lage ist,
jeden Streik zu verhindern.

Es ist auch unsere Auffassung, daß die Ar-
beiterorganisationen ihre Stellung zum Streik
ändern müssen. Es muß die Taktik der Gewer-
vereine Platz greifen durch Beschränkung des fried-
lichen Weges und Anwendung des Streiks nur in
den Fällen, wo es absolut gar nicht anders geht.
Wenn der Streik wieder Eindruck machen soll auf
die Unternehmer und auf die Öffentlichkeit, dann
muß er in der Tat zu einer selten anzuwendenden
Waffe werden, die, wenn sie aber einmal benutzt
wird, auch mit aller Macht drein fährt. Es ist in der
Tat so, daß die öffentliche Meinung nicht mehr in der
Weise auf Seiten der streikenden Arbeiter steht,
wie vor einer Reihe von Jahren. Welche Fehler
müssen begangen worden sein, um die öffentliche
Meinung so umschlagen zu lassen? Die Arbeiter-
organisationen müßten, so meint das „Freie Wort“,
hervorragende Führer wählen, selbst wenn diesen
Ministergehälter zu bewilligen wären. Dann
würden die Probleme ernster erfaßt und alle Fragen
sollten ein anderes Aussehen gewinnen.

Es liegt gewiß etwas Wahres auch in dieser
Bemerkung. Indessen sind die Arbeiterorganisationen
nicht in der Lage, Ministergehälter zu bewilligen.

Auch würde dies gar nichts nützen, wenn es diesen
Führern nicht gelänge, ausreichende Autorität zu
erlangen. Der kluge Rat der Führer wird oft
genug in solchen Momenten, wo seine Befolgung
ganz besonders wichtig wäre, leichthin in den Wind
geschlagen. Bei großen Kämpfen handelt die Masse
meist nicht mit dem Verstand nach kühler Ueber-
legung, sondern allein nach ihrem aufgeregten Ge-
fühl. In den Zeiten des Friedens mag der Führer
mit der Masse gehen, soweit er dies nur mit seinem
Führeramt und seinem Gewissen vereinbaren kann,
in den Zeiten des Kampfes aber muß die Masse dem
Führer folgen! Wo wäre je ein Heer siegreich,
wenn es den Rat seiner Führer mißachtete und
blindlings in den Kampf rennen und darin auch
dann noch verharren wollte, wenn es dem Kampf-
zweck nicht mehr nützlich ist? Die Kraft sei auf
den Sieg gerichtet, nicht aber auf die Selbstver-
nichtung!

Die Strategie der Arbeitskämpfe ist nicht
minder schwierig, wie die Strategie der Feldzüge.
Darum müssen die Führer der Arbeiterorgani-
sationen einen ausreichend scharfen Blick haben für
die Weltmarktverhältnisse. Jede Industrie, die es
ertragen kann, muß zur Steigerung der Arbeits-
bedingungen getrieben werden. Die gesunde Fort-
entwicklung der Industrie indes muß und wird
ebenfalls am Herzen liegen, wie den Unternehmern.
Das Unternehmertum kann schließlich mit seinem
Kapital, das international ist, auf jeden anderen
Markt der Welt gehen und sich nützlich machen.
Wir Arbeiter aber sind mit unserer Arbeitskraft
doch sehr stark angewiesen auf den heimischen
Boden.

Das „Freie Wort“ sucht zum Schluß zu er-
klären, wie einzelne Industrien an Lohnver-
besserungen mehr gelehrt hätten, als die Zunahme
des Profits erlaubt habe, so daß die Dividende
trotz der Hochkonjunktur geringer sei als vorher:

„Die Weltkonjunktur“ hat einstweilen die schwierigsten
Probleme der Arbeiterfrage in Deutschland in den Hinter-
grund treten lassen. Bei dem tiefen Bedarf an Arbeits-
kräften konnte mit Ausständen manövriert werden. Wenn
die Konjunktur aufhört und Arbeitslosigkeit eintritt —
dann werden die Organisationen erst ihre
Heuerprobe zu bestehen haben. Müßten sie
dann nicht bereuen, daß sie das alte bequeme Mittel des
Ausstandes in der guten Zeit zuviel angewandt und damit
das gute Einvernehmen mit den Arbeitgebern ein für al-
mal ruiniert haben. Schon mancher hat erst im Alter,
wenn ihn das Zitterstein plagte, gemerkt, daß man in der
Jugend nicht zuviel des süßen Weines trinken soll,
wenn er auch noch so gut schmeckt.“

Die deutsche Arbeiterschaft würde vor diesem
„Zitterstein“ bewahrt bleiben, wenn sie sich frei
machen wollte von der parteipolitischen Bewo-
nung durch die Sozialdemokratie. Die über-
triebene Streikneigung ist das Produkt der partei-
agitatoren Lehre vom Klassenkampf. Das war
das Unglück der deutschen Arbeiterbewegung. Die
Arbeiterschaft muß sich aufrufen zum schärfsten
Widerstand gegen das unheilvolle Dogma vom
Klassenkampf. Es gelte die Freiheit der
freien Meinung! Jeder Arbeiter muß das
Recht haben, seiner Ueberzeugung zu leben! Die
Organisation der Arbeiter aber muß der
praktischen Arbeiterfrage dienen durch macht-
volle Entfaltung ihrer Kräfte bei kluger
Verwendung derselben! K. G.

Die Arbeitsstatistik des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine für das Jahr 1906.

Die vom Verein der Deutschen Kaufleute aufgestellte Statistik zeigt, wie berechtigt, ja dringend notwendig die Forderungen der Handlungsgehilfen nach einem allgemeinen Achtuhr-Ladenschluß und möglichst vollständiger Sonntagsruhe sind. Nur die Angestellten in Konfekt-, Engros- und Wanzengeschäften haben eine Arbeitszeit von 10 Stunden und darunter: ein harter Prozentatz davon weist eine 8 und 9 stündige Beschäftigungsdauer auf. Bei den Gehilfen in Laden- und Expeditionsgefächten ist dagegen die tägliche Arbeitszeit bedeutend höher und 11 bis 12 Stunden gelten als Durchschnitt. Unter verschiedenen allzulanger Beschäftigungszeit leiden die meisten Verkäufer in kleinen Geschäften, die 13-14 und 15 Stunden täglich auf dem Posten sein müssen. Dazu kommt dann noch eine 4-5 stündige Sonntagsarbeit. In diesen langen Arbeitszeiten liegt das Gehalt in gar keinem Verhältnis. Es gibt Waidenburg i. Schl. das Gehalt für Verkäufer auf 75 bis 80 M. pro Monat an; bei 15 Stunden täglicher Beschäftigungsdauer und 5 Stunden Sonntagsarbeit eine durchaus unzureichende Bezahlung. In den meisten Orten beträgt das Durchschnittsgehalt 100 bis 120 M. Auch das ist, wenn man die lange Arbeitszeit in Betracht zieht, keineswegs genügend und mancher gelehrte Arbeiter hat bei wöchentlich 50 stündiger Arbeitszeit ein besseres Einkommen. Ungefähr 20 pCt. der Vereine geben das Monatsgehalt auf 150 M. und darüber an. Es sind dies meistens solche in größeren Städten, in denen auch der Lebensunterhalt entsprechend teurer ist. Unter welsch schwierigen Verhältnissen besonders die verheirateten Handlungsgehilfen leiden, erhellt aus dem Umstande, daß jirta die Hälfte derselben 25 pCt. ihres Einkommens und darüber für Wohnungsmiete ausgeben müssen; mehrfach werden sogar 33-40 pCt. angegeben.

Redt Interessantes bieten die Fabriken. „Werden die Bestimmungen über Sonntagsruhe sowie Geschichtsschluß und Mittagspause eingehalten?“ Man kommt beim Lesen dieser Angaben unwillkürlich zu der Ansicht, daß Gesetze nur dazu da sind, damit sie umgangen werden; denn die Hälfte der Vereine berichtet, daß diese Bestimmungen nicht oder nur teilweise eingehalten werden.

Nahzu 35 pCt. der Vereine melden eine stetigende Gehaltsbewegung. Es scheint demnach, als ob hier eine Besserung eintreten wollte.

Die Handlungsgehilfinnen arbeiten in allgemeinen unter denselben Bedingungen wie ihre männlichen Kollegen. Sie haben die gleich langen Arbeitszeiten und dieselbe Sonntagsarbeit. Aber die Gehälter weisen einen großen Unterschied zuungunsten der Gehilfinnen auf, die im Durchschnitt nur 40 bis 60 M. pro Monat erhalten. Nur 4 Vereine geben 100 M. und darüber an. Neuhadt i. Westpr. berichtet sogar, daß die dortigen Gehälter für Gehilfinnen nur 20 bis 40 M. pro Monat betragen.

Das Berliner Kaufmanns-Gericht erklärte im vorigen Jahre den Anstellungsvertrag einer Handlungsgehilfin, der ein Monatsgehalt von 20 M. vorsah, als gegen die guten Sitten verstoßend, für ungültig. Und das mit Recht.

Solche traurigen Entlohnungsverhältnisse werden aber erst dann endgültig verschwinden, wenn auch die weiblichen Angestellten von ihrem Koalitionsrecht den weitgehendsten Gebrauch machen. Im Verein der Deutschen Kaufleute ist ihnen dazu die beste Gelegenheit geboten und eine energische Vertretung ihrer Interessen gesichert.

Im Saen von Königsberg i. Pr.

Es am Donnerstag, 2. Mai, zu einem schweren Konflikt gekommen. Es wird uns darüber aus Königsberg geschrieben: Der sozialdemokratische Hafenarbeiterverband wollte die Unternehmer zwingen, die im Gewerksverein oder bei den Christlichen organisierten Arbeiter zu entlassen. Mehrfach haben die Unternehmer diesem Verlangen nachgegeben, um den Streik zu verhüten. Das ermutigte die Terroristen und nun verlangten sie, daß 5 Streikbetrüger, die zwar organisiert waren, aber angeblich die Versammlungen nicht eifrig genug besuchten, auf 1 Jahr und ihr Vorarbeiter, der unserm Gewerksverein angehört, auf immer von der Arbeit ausgesperrt werden.

Diese maßlose Frechheit ging den Arbeitgebern denn doch zu weit! Sie erklärten, vor nicht mit den andersorganisierten Arbeitern in Zukunft gemeinsam arbeiten wolle, der sei entlassen. Darauf legten die Mitglieder des Hafenarbeiterverbandes die Arbeit nieder. Der Vorsitzende hatte in seiner Besprechung mit den Arbeitgebern ausdrücklich anerkannt, daß der Boykott gegen andersdenkende Arbeiter ein Mißstand

sei. In der Versammlung der Hafenarbeiter gelang es aber einem Abteilist, die Arbeiter zu dem unvernünftigen Beschluß zu bewegen, das Verlangen der Arbeitgeber abzulehnen.

Die Bevölkerung ist in hohem Maße beunruhigt durch diesen Terrorismus der sozialdemokratischen Hafenarbeiter.

Auch in der übrigen Arbeiterschaft macht sich starke Erregung gegen diesen unerhörten Mißbrauch des Koalitionsrechts bemerkbar. Es unterliegt daher gar keinem Zweifel, daß die sozialdemokratischen Hafenarbeiter auch in diesem Kampfe unterliegen. Es ist jedenfalls geradezu eine Schmach und Schande für die deutsche Arbeiterbewegung, daß eine Arbeitsniederlegung erfolgen konnte zu dem Zwecke, andersdenkende Arbeiter in ihrer Erziehung zu vernichten.

Wo ist hier die rächende Hand?!

Die tödlich verlaufenen Unfälle in der britischen Industrie.

Im abgelaufenen Jahre 1906 wurden im ganzen aus Großbritannien über 4111 Todesfälle infolge von Unfällen berichtet. Das sind 278 weniger als im Vorjahre und eine etwas geringere Zahl als der Durchschnitt der Jahre 1902-1906. Indessen ist diese Angabe, verglichen mit den ausländischen korrespondierenden Ziffern, namentlich den deutschen, insofern eine irreführende, als solche so gut wie ausschließlich auf dem Rückgange der tödlichen Unfälle bei den Seelenen beruht. Hier fiel die Zahl gegenüber dem Vorjahre um 325 auf 1200. Die Unfallzahl in diesem Berufe nimmt also mehr als den vierten Teil der gesamten berichteten ein, was bei der spezifischen Gefahr dieses Berufes, der großen Zahl der Beschäftigten, zumal in dieser Schiffahrtsbranche, nicht befremden kann.

Während der Anteil der tödlich verlaufenen Unfälle bei den Seelenen etwa 53 auf je 10 000 Beschäftigte beträgt, und zwar vorwiegend auf den Seeschiffen, beläuft sich ihre Zahl stets auf je 10 000 Angestellte gerechnet bei den Seelenen der Eisenbahnen auf noch nicht 8 im Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Auch diese von besonderen Berufsgefahren bedrohten Beamten und Arbeiter werden von der kontinentalen Unfallstatistik besonders geschützt. Wir legen daher auf die Durchschnittszahl der Unfälle von 6 auf je 10 000 kein besonderes Gewicht. Deutlicher für unsere Vergleichung sind die Ziffern für den Bergbau. Im ganzen ist hier eine Durchschnittsziffer von 1123 Todesfällen aus diesem Anlaß berechnet oder von rund 11 auf je 10 000 regelmäßig beschäftigte Arbeiter. Das letzte Berichtsjahr stand um 47 Todesfälle über diesem Durchschnitt, dagegen um 85 unter dem Resultate des Jahres 1905, das mit 1205 tödlich verlaufenen Unfällen das schlimmste im Bergbau überhaupt beobachtete war. Fast die Hälfte aller Unfälle im letzten Jahre war durch fallende Gesteinsmassen verursacht. Nahe heran an die Todesrate des Bergbaus reichen die Unfälle in den Steinbrüchen, die über 20 (englische) Fuß tief sein müssen, um berichtet zu werden. Sie belaufen sich auf 104 oder auf nahezu 11 auf je 10 000 Arbeiter. Hier hat eine geringe Abnahme in den letzten Jahren stattgefunden.

In der gesamten anderen Industrie ist jedoch die Zahl der tödlichen Unfälle nicht bedeutend. Auf je 10 000 beschäftigte Arbeiter entfielen in der Textilindustrie nur 0,71, in allen anderen Industrien nur 2,25.

Im letzten Jahre betrug die Zahl dieser Unfälle insgesamt 799 in den Fabriken und Werkstätten, worunter sich 12 Arbeiterinnen und 8 Kinder und Jugendliche befanden. In der chemischen Industrie und den Nahrungsmittelgewerben nahm diese Ziffer zu, in der Baumwollen- und Wolllindustrie sank sie beträchtlich.

Recht unbedeutend ist diese Ziffer auf Bauten, Dock, in Speichern, Wäschereien usw. Ebenso im eigentlichen Handwerk, für welches eine geringere Kontrolle der Anzeigepflicht besteht. Hier nimmt man an, daß die Ziffer, welche angegeben wird, nicht den Tatsachen entspricht, sondern zu niedrig gemeldet wird. Dies ist aus demselben wahrscheinlichen, weil sie fast genau konstant bleibt.

Bisher weisen die gemeldeten tödlichen Unfälle im laufenden Jahre eine erfreuliche Abnahme auf, von der wir nur hoffen wollen, daß sie sich noch verstärken möge.

Im ganzen zeigt aber doch diese Statistik, daß es auch jenseits des Kanals noch viel zu bessern gibt an Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter und an deren besserer Behandlung, freilich auch mitunter selbst der Arbeiter, damit die Industrie „vom Schicksal der Arbeit“ eingebüßt werde bis auf die natürliche Rate nicht zu vermeindernd unglückliche und Zufälle. Sie darüber aufzuklären, ist eine schwierige aber dankbare Aufgabe der Organisationen. R. G.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 7. Mai 1907.

Von einer Versammlung der drei Arbeitervereinigungen wird der „Deutsche Verein für Versicherungswissenschaft“ nicht wissen. Auf seiner in vergangener Woche in Berlin abgehaltenen Frühjahrsversammlung sprach Prof. Dr. Ester-Somlo (Bonn) über den „Neubau und Umbau der Arbeiterversicherung“ und legte seinen Ausführungen folgende Thesen zugrunde:

1. Die Gründe für die Bereitwilligkeit der drei Zweige der Arbeiterversicherung müssen nochmals eingehend nachgeprüft werden. Es findet sich, daß die allerwichtigste Voraussetzung für eine vollkommene Versicherung vorhanden ist. Die rechtlich-juridischen, wirtschaftlichen und historischen Verhältnisse der drei Zweige verlangen nach wie vor eine unterrichtliche juristische Aufklärung.
2. Praktisch-politisch ist eine Vereinigung aller drei Zweige auf absehbare Zeit ausgeschlossen. Empfohlen wird eine Verbindung der Kranken- und Unfallversicherung jedoch nur hinsichtlich des lokalen Unterbaues, ohne die finanzielle Vermengung der Träger beider Versicherungszweige.
3. Die Berufsgenossenschaften als solche müssen in ihrer besonderen Eigenart erhalten werden.
4. Die Reform hat die Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung zur notwendigen Voraussetzung. Das trifft jedoch nicht nur zu hinsichtlich der Krankenkassen, sondern auch der Berufsgenossenschaften.
5. Das Ueberwiegen der organisierten Beschäftigten gegenüber den materiel-rechtlichen erscheint als Grund der bisherigen Unfruchtbarkeit der Verhandlungen. Wenn der zeitliche Anknüpf der Leistungen der Kranken- und Unfallversicherung verzögert wird, wenn weiterhin die Unzulänglichkeiten der Versicherung bestehen, so ist für die bisherige Handhabung der Sache gefährlich, wenn weiterhin die Unzulänglichkeiten der Versicherung bestehen, so ist für die bisherige Handhabung der Sache gefährlich, wenn weiterhin die Unzulänglichkeiten der Versicherung bestehen, so ist für die bisherige Handhabung der Sache gefährlich.
6. Bedenkt man, daß die Schwerkraft der Beschäftigung zu einer populären Forderung werden zu lassen, wie es diejenige der Rechtsenheit des Bürgerlichen Rechts früher gewesen war. Es gilt das innerlich Zusammengehörige miteinander zu verbinden, aber nicht mehr.
7. Nach alledem wird nicht ein tabellarischer Umbau des Versicherungswesens und Gerichte sein, zumal wir nicht Neues aufzubauen, vielmehr mit dem Gegebenen zu rechnen haben. Nur ein Ausbau des Bestehenden wird danach, in sorgfältiger Arbeit, Gegenstand der Reformgesetzgebung sein müssen.

Der Verein stimmte diesen Thesen zu. Die Schwierigkeiten der Vereinheitlichung der gesamten Versicherungsgesetzgebung sind allerdings sehr groß. Ganz so pessimistisch wie Prof. Dr. Ester-Somlo betrachten wir diese Frage aber nicht.

Die Suidauer Bergarbeiter wandern zahlreich nach Westfalen aus. Die Ursache dieser modernen Völkerverwanderung wird im „Vorwärts“ wie folgt geschildert:

Seit dem letzten unglücklichen Streik der Bergarbeiter des Suidauer Steinbrüchens haben sich die Verhältnisse derselben von Jahr zu Jahr verschlechtert. Das gilt besonders von der Veräusserung der Schichtzeit und der Behandlung, welcher der Bergarbeiter im allgemeinen von Seiten der Vorposten und Betriebsverwaltungen angesetzt ist. Auch die relative Erhöhung des Schichtlohnes, wie sie sich nach den statistischen Unterlagen ergibt, kann nicht als Beweis für eine Besserstellung gelten; ja, in Wirklichkeit ist sie eine Herabsetzung, wenn man die gesteigerte Arbeitsdauer daneben hält.

Seit Jahren nun ist über die diesige Bergarbeiterbewegung die Ruhe des Friedhofes ausgebreitet. Kein befreiender Atemzug, kein erlösendes Aufschrei, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, rang sich aus der Brust dieser unter erdrückender Schwere lebenden Arbeitermassen hervor. Es schien, als hätte der letzte unglückliche Kampf unserer Bergarbeiter auf ewig das Stigma der im Kampfe Unterliegenden, der geistig Gebrochenen angebracht.

Erniebende Ra marab, welche es wagten, für die verletzten Menschenwürde ihrer Kameraden einzutreten und gegen das harte Regiment der Grubenherren anzukämpfen, flohen erdemunglos ins Pfaffen, ein Grund mehr für die anderen, sich zu bücken und schweigend, mit dumpfem Stuhl im Herzen ihre Schwere doch weiter zu tragen.

Eine geistige Jubelstunde hatte sich der Bergarbeiterschaft bemächtigt, die um so tiefer lag, weil sie nicht auf den ersten Blick zu erkennen war.

Es ist es viele Jahre gegangen. . . .

Die Geschichte der Arbeiterbewegung weist viele Vorgänge dieser Art auf, wo ein verunglückter Streik die Arbeiterbewegung auf Jahre hinaus zu Boden geworfen hatte. Organisiert sind die Suidauer Bergarbeiter nur zum kleinsten Teil. In den beiden letzten Wochen sind zweimal je 200 Bergarbeiter nach Westfalen abgewandert. Aus der liegemoordenen Heimat ziehen die Schwärme ins Ruhrgebiet, als ob dort Milch und Honig flüße. Es wird Zeit, daß die Grubenherren des Suidauer Beckens ein Einsehen haben und ernstliche Besserungen vornehmen, sonst dürfte es nicht mehr allzu lange dauern und der letzte Mann wandert zum Westen ab.

Zu besseren Erfolgen würden es die Zwickauer Bergarbeiter bringen können, wenn sie sich unserem Gewerksverein der Bergarbeiter anschließen.

Arbeiterbewegung. In Saalfeld sind etwa 800 Drahtweber wegen Lohnminderungen in den Streik getreten. Daraufhin hat die Reichsregierung die Maschinenfabriken beschließen, falls bis zum 25. Mai keine Einigung erzielt wird, eine Ausperrung von rund 1200 Metallarbeitern vorzunehmen. — In Bremerhaven und in Magdeburg haben die Klumpner und Holzleger die Arbeit eingestellt. — Wegen Differenzen bezüglich der Kürzung ins Leben gerufenen Knappschaffstoffe sind auf der Grube „Hobingen“ des Vöhringer Glüttenvereins Kumpfleute 450 Bergleute in den Ausstand getreten. — In Weissenhof und Kassel haben 1500 Goldarbeiter der Nege wegen Lohnstrafen die Arbeit niedergelegt, so daß die für die Provinzen Brandenburg und Pommern bestimmten Goldstrafen nicht weiter befördert werden können. — 500 Labalarbeiter und Arbeiterinnen in Nordhausen, die wegen der Wasser ausgeperrt worden sind, haben beschloffen, daraufhin in den Streik zu treten.

Die von den angeseherten Metallarbeitern Charlottenburgs angebotene Beurlaubung des Einigungsamtes ist von den Unternehmern abgelehnt worden. — In Oldenburg haben die Verhandlungen im Eislergewerbe zu keinem Resultat geführt, da den Arbeitnehmern die gemachten Zugeständnisse nicht genügen. Infolgedessen wurden die Verhandlungen vertagt. — Die Transportarbeiter in Krefeld sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Falls die Arbeitgeber bis zum 11. Mai keine zugehörige Antwort auf die gestellten Forderungen erteilt haben, soll der Streik proklamiert werden.

Die Maler, Lackierer und Anstreicher in München sind in den Streik getreten, weil die Meister der Forberung eines Mindestlohnes eine Mindestlohnsetzung gegenübergestellt haben. — Um eine kürzere Arbeitszeit durchzusetzen, traten am 1. Mai in Halle a. S. die Straßenbahner in den Streik, nahmen jedoch am folgenden Tage den Dienst schon wieder auf mit Rücksicht auf das von der Direktion gegebene Versprechen, binnen 3 Wochen eine kürzere Dienstzeit einzuführen. — Die Bewegung unter den Bergarbeitern des mitteldeutschen Braunkohlenreviers, ein Produkt der Wasser, hat an Umfang noch zugenommen. — Auch auf den in der Umgegend von Eisenkloster liegenden Heden gibt es Unruhe. Auf einigen hat ein Teil der Belegschaft die Einigkeit verweigert. — In Erfurt haben Zimmerer, Maurer und Bauarbeiter, im ganzen etwa 3000 Mann, wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. — Im Hadergewerbe zu Hamburg, Altona und Umgegend ist es zum Abschluß eines Tarifvertrages gekommen, der den Gesellen nicht unerhebliche Zugeständnisse macht. — Leider haben in Berlin die Verhandlungen einen derartig günstigen Ausgang nicht genommen. Hier dauert die herrschende Spannung noch an, da die Bädermeister jede Vermittlung, auch die des Oberbürgermeisters rundweg abgelehnt haben.

Ebenso wenig sind die in der Berliner Holzindustrie schwebenden Differenzen beseitigt, da das Einigungsamt den Schlichterspruch nochmals hinausgeschoben genötigt war. — Im Baumgewerbe von Berlin ist die Lage nach immer ungelöst. Die wegen der Wasser für den Rest der Woche ausgeperrten Bauhandwerker haben am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Ob im weiteren die Arbeiter auf den Achtstundentag verzichten werden, ist zunächst noch zweifelhaft. Die Zentralverbände bieten jedenfalls alles auf, um den Kampf zu vermeiden. — Wie sehr die Wasser auch unter den „Zielbewußten Genossen“ an Boden verloren hat, zeigen die Zahlen der wegen der Wasser Ausperrten. In Berlin sind nur etwa 12000 Bauarbeiter, 700 Zimmerer, 500 Maurer, 800 Holzarbeiter, 500 Metallarbeiter und etwa ebensoviel Glaser ausgeperrt. In Hamburg sind es im ganzen nur etwa 12000 Arbeiter, in Nordhausen nur etwa 500 und in Frankfurt a. M. sogar nur 150.

In Paris ist sowohl der Ausstand der Bädergesellschaften als auch der Café- und Restaurationskellerer beendet, ohne daß die Beteiligten einen Erfolg erzielen konnten. — Etwa 5000, zum größten Teil italienische Hafenarbeiter sind in New York und Brooklyn in den Streik getreten. — Die Wiener Speditionenarbeiter und Metallpolierer sind, etwa 2000 Mann stark, in den Ausstand getreten. Die angekauften Einigungsverhandlungen sind erfolglos verlaufen. — In Marseille sind in mehreren großen Öl- und Seifenfabriken die Arbeiter wegen Ablehnung einer Lohnminderung in den Streik getreten. Es ist zu befürchten, daß die Bewegung größere Kreise zieht, so daß leicht an 20000 Arbeiter beteiligt werden können. — In Prag und Umgegend sollen die Ziegelarbeiter ausgeperrt werden, weil sie mit der Forderung auf Erhöhung der Arbeitslöhne an die Ziegelhersteller herantreten sind. — Das Hülspersonal der Prager

Buchdruckereien befindet sich im Streik, weil seine Forderungen auf Lohnminderung, Arbeitsverfälschung und Festsetzung eines Mindestlohntarifs abgelehnt wurden.

Import englischer Arbeiter durch die Firma Seidel & Raumann. Der Ausstand bei der Firma Seidel & Raumann dauert unverändert fort. Die Einigungsverhandlungen haben zu keinem Ziele geführt, obwohl die ausländischen Arbeiter bereit waren, ihre anfänglichen Forderungen zu modifizieren. Jetzt werden englische Metallarbeiter importiert. Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ schreiben: „Die Industrie der Firma Seidel & Raumann ist Qualitätsindustrie im höchsten Maße, gleichviel ob nun Feinräder, Nähmaschinen oder Schreibmaschinen dabei in Frage kommen. Es ist eine Industrie, die das größte Interesse daran hat, sich einen Stamm gelernter und geschickter Arbeiter, nicht willkürlicher stumpfsinniger Kulis zu erhalten, einen Stamm von Arbeitern, die sich des Wertes ihrer Arbeit bewußt und die stolz auf diese Arbeit sind! Wir wissen, daß dies Empfinden bei den Arbeitern der Firma bis in die letzten Jahre hinein lebendig war, daß die Arbeiter mit Stolz sich zu der Firma bekannten, deren Fabrikate in alle Welt hinausgehen. Daß eine derartige qualifizierte Arbeiterschaft ihrer Arbeit nach Möglichkeit die entsprechende Würdigung zu sichern sucht und zwar nicht allein nach der finanziellen Seite hin, sondern auch in moralischer Beziehung, um sich die entsprechende Achtung der Persönlichkeit auch des Arbeiters zu sichern, wird jeder Unbefangene nur begrifflich finden. Die Direktion hat sich demgegenüber, wie gesagt, auf einen schroff ablehnenden Standpunkt gestellt. Das ist ihre Sache, obwohl man dieses Verhalten nur auf höchste Bedauern kann. Neuerdings aber hat nun die Direktion, um ihren Willen absolut durchzusetzen, zu einem Mittel gegriffen, an dem auch die breite Öffentlichkeit am höchsten interessiert ist, weil es in der Arbeiterschaft magische Erörterungen erregen muß: Sie hat mit dem Import englischer Metallarbeiter begonnen, um damit die durch den Streik entstandenen Lücken allmählich auszufüllen. Die Fabrikleitung, die jeder, auch der berechtigteste Arbeiter mit dem Hinweis auf die „rote Internationale“, die rote Gewerkschaft, statt mit sachlichen Gründen resp. mit Abhilfe zu begegnen sucht, die Firma, die ihr angelegentlich Nationalitätsbewußtsein in den rein wirtschaftlichen Lohnkämpfen stets so emphatisch in den Vordergrund der Erörterungen zu stellen liebt, sie scheint sich also hier nicht, der roten gewissermaßen eine weiße Internationale entgegenzusetzen, um der einseitigen Arbeiterschaft durch den Import englischer Arbeiter ihren Willen aufzuzwingen. Wo bleibt da das Nationalitätsbewußtsein? Hat die Direktion wirklich vorher alles versucht, um die Differenzen gütlich beizulegen, ehe sie einen so folgenschweren Schritt unternahm? Wir müssen diese Frage leider verneinen. Dagegen hat die Fabrikleitung damit eine läche Saat des Hasses und der Zwietracht ausgestreut, die zweifellos so manche Blüte sozialer Verhandlung im Keim erstickt muß. Während die Regierung beispielsweise nach den Kämpfen der Reichstagswahlen bemüht ist, das Vertrauen der einzelnen Bevölkerungsklassen zu einander und zu den leitenden Gewalten in jeder Beziehung zu pflegen und jedem berechtigten Begehren nach Besserung der Lebensbedingungen alle gesetzliche Freiheit zu gewähren, greift die Direktion ohne weiteres hier zu dem allerbedenklichsten Mittel, zu einem Mittel, das nur zu sehr an die von anderer Seite beabsichtigte Einfuhr schineischer Kulis nach Deutschland erinnert. Wir können diesen Schritt der Direktion, wie gesagt, nur im höchsten Maße bedauern. Die Frage war nicht davor, daß sie eine solche Maßregel rechtfertigen würde, und wir zeigen nicht, dies hier offen auszusprechen, da die Folgen dieses Schrittes unter Umständen viel weittragender sein können, als die Direktion in ihrem blinden Eifer es sich vielleicht selbst vorgestellt hat.“

Sozialdemokrat aus Geschäftsverhältnissen. In Nieder bei Offenbach in Hessen wurde ein gewisser Zigarrenhändler Hod zum Beigeordneten gewählt, ihm aber die Befähigung verweigert. Um diese Befähigung zu erlangen, trat er schließlich aus dem sozialdemokratischen Wahlverein aus und dann wurde er befähigt. Ueber die Verhandlung berichtet das sozialdemokratische „Offenb. Anblat.“:

Vorsitzender Kreisrat v. Homberg: „Was sind Sie zum Beigeordneten gewählt worden?“
Hod: „Am 30. März 1907 in der Stichwahl.“
Hod: „Sie haben der sozialdemokratischen Partei angehört?“
Hod: „Ja, bis 1. April 1907.“
Hod: „Sind Sie Anhänger der sozialdemokratischen Partei?“
Hod: „Ich war Kreismitglied — ich — ich — habe in dem Wahllokal ja meine Erklärung darüber abgegeben.“
Hod: „Die sollen zunächst auf meine Frage antworten, aber es geht ja der Berichtung des Protokolls nichts an.“

Der Vorsitzende verliest das Protokoll des Gewählten, das er vor dem Kreisrat abgelegt und unterschrieben. Es lautet im wesentlichen folgendermaßen:

„Ich habe in Nieder dem sozialdemokratischen Verein angehört, aber eine besondere Stellung habe ich nicht innegehabt, bin auch nicht als Agitator hervorgetreten. Ein Anhänger der sozialdemokratischen Partei bin ich nicht. Aus Geschäftsverhältnissen und wegen Rundschiff für mein Zigarrengeschäft gehöre ich dem sozialdemokratischen Verein an. Es gibt in Nieder noch mehr Geschäftsleute, die nur aus gleichen Gründen dem sozialdemokratischen Verein angehören. Meine politische Überzeugung hängt mit meiner Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Verein nicht zusammen. Da die Beschäftigung in Hessen den erwählten Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei die Befähigung verweigert, bin ich ausgetreten. Die Sozialdemokratie hat mich nach der Wahl als einen der übrigen bezogen. Keine Aufführung erfolgte allerdings durch den sozialdemokratischen Verein, aber auch von einer Kommission von Bürgerlichen. Ich bin Mitglied des Gesangsvereins „Frohmann“, der Gesangsverein ist Mitglied des Gesangsvereins „Polynomia“. Ich glaube, daß mein Gewer mehr Stimmen vom sozialdemokratischen Verein erhielt als ich, weil die „Polynomia“ viele Sozialdemokraten als Mitglieder hat.“

Auf Betragen des Vorsitzenden erklärte Herr Peter Josef Hod, daß er die sozialdemokratischen Vereinsversammlungen nur in der letzten Zeit vielleicht einmal besucht habe und nicht als Redner oder Agitator aufgetreten sei.

Der Bürgermeister Blümmel von Nieder befragte die letzte Angabe und hält die Angaben Hod's als „ganz bestimmt“ für zutreffend. Bei der Wahl habe es geheißen: „Die „Frohmann“, die „Polynomia“. Beide Gesangsvereine seien früher als Vereine gewesen, hätten sich später getrennt, in das heute noch Spannung zwischen beiden bestehe. Das politische Moment sei bei dieser Wahl in den Hintergrund getreten.

Nach kurzer Beratung verhandelte der Vorsitzende folgenden Beschluß des Kreisratsausfusses:

„Nachdem der Kreisrat den gegen die Befähigung des zum Beigeordneten von Nieder gewählten Hod. Hod erhobenen Einspruch zurückgewiesen hat, fallen die Gründe zu einer Entscheidung. Es wird daher kein Urteil gefällt, die Befähigung wird erfolgen.“

Der Vorgang ist für die heftigen Sozialdemokraten und für die Sozialdemokratie überhaupt ungeheuer blamabel. Dieweil „Zielbewußte“ mag es nicht auch außerhalb Hessens geben, die aus Geschäftsverhältnissen der sozialdemokratischen Partei angehören? Ein Wunder ist es natürlich nicht. So lange die „Zielbewußten“ jeden Geschäftsmann boykottieren, der eine andere politische Meinung hat, dürfen sie sich nicht wundern, wenn sie Helfer der Sozialdemokratie heranzüchten.

Für das Ansehen der Partei würde es natürlich besser gewesen sein, nun die Befähigung erst noch zu verweigern.

Eine Umfrage über die Wirkung der Tarifverträge haben die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft zu veranlassen beschloffen. Seit dem Jahre 1903 schon hat man dieser Angelegenheit seine Aufmerksamkeit gewidmet, die darauf bezüglichen Tatsachen in den Jahresberichten gesammelt und die abgeschlossenen Tarifverträge selbst in einem Anhang veröffentlicht. Da aber dieses Material keinen Anhalt für die Bewährung derartiger Verträge bietet, haben die Vertreter beschloffen, sich ein Urteil über die Wirkung der Tarifabschlüsse auf den Handel und die Industrie Berlins zu verschaffen. Zu diesem Zwecke ist ein Fragebogen ausgearbeitet worden, der zunächst an die Arbeitgeber, Verbände wie Einzelfirmen versandt werden soll. Hoffentlich aber hat es damit nicht sein Bewenden, sondern man holt auch von den Organisationen der Arbeiter Grundfragen ein. Denn eine einseitige, lediglich bei den Arbeitgebern veranfaßte Umfrage würde ein ganz schiefes Bild geben. Entweder man hört beide beteiligte Seiten, oder die ganze Erhebung ist für die Frage und kann einen Anspruch auf wirklichen sozialpolitischen Wert nicht machen.

Gewerksvereins-Teil.

§ Berlin. Welche Folgen die innere Zerrissenheit der Gewerkschaften zeitigt, dafür lieferte der letzte Ratsummel in einer Fischerei mit Maschinenbetrieb im Norden Berlins ein treffendes Beispiel. In diesem Betriebe herrschte unter den dort beschäftigten Fischern und Maschinenarbeitern, Holzarbeiterverwandten sowohl wie Gewerksvereinen eine leidliche Einigkeit. Nur durch diese wurden erst voriges Jahr einige Verbesserungen erreicht. Die Einigkeit ging sogar soweit, daß die Gewerksvereine in den letzten Jahren sogar am 1. Mai mitfeierten, wenn auch aus anderen Gründen wie die Verbände. Nun kam aber der diesjährige 1. Mai. Bekanntlich hat der Hauptverband der sozialdemokratischen Partei sowohl wie die Leitung des Holzarbeiterverbandes bekannt gemacht, daß überall dort, wo Verbesserungen zu erwarten sind, das feiern am 1. Mai zu unterlassen ist. Auch bei den Arbeitern in diesem Betriebe herrschte wenig Klugheit zur Arbeitstage, bis in einer von Beamten des Holzarbeiterverbandes einberufenen Versammlung, zu welcher aber die Gewerksvereine keinen Zutritt hatten, die Versammlungsleiter erklärten: „Wer am 1. Mai arbeitet, fliegt aus dem Ver-